

Pressemitteilung

17. November 2022



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPoIG Berlin zur Schießstandaffäre

Vernünftige Entschädigungsverhandlungen brauchen Vertraulichkeit

"Es gibt noch keine Lösung. Wir arbeiten daran", sagt DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf zur Schießstandaffäre. "Vernünftige Entschädigungsverhandlungen brauchen Vertraulichkeit. Weder der schlechte Stil von Durchstechereien noch das Drängen der Betroffenen bringen uns davon ab."

Der Staatssekretär für Inneres Torsten Akmann hat jüngst im Innenausschuss berichtet, dass mit den beiden Polizeigewerkschaften hinsichtlich einer Entschädigungszahlung an die Betroffenen des Schießstandskandals eine Einigung erzielt worden war.

Die drei seinerzeitigen Landesvorsitzenden von BdK (Kretzschmar), GdP (Cioma) und DPoIG (Pfalzgraf) hatten sich bereits vor einiger Zeit gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Inneres auf eine Sichtungskommission verständigt. Ihre Aufgabe: die Vorgänge im Sinne der Schießstandopfer neu zu betrachten.

"Für alle Folgegespräche zur Schießstandaffäre wurde Vertraulichkeit vereinbart", so Landeschef Bodo Pfalzgraf weiter. "Wir halten uns daran, um das Ergebnis nicht zu gefährden."

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de und Internet: www.dpolg.berlin
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender